

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Verlagsdirektor Herr Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h.
Herrn Dr. phil. h. c. h.
Herrn Dr. phil. h. c. h.
Herrn Dr. phil. h. c. h.

Abonnementspreis: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.50 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabehelfer, sowie aus Postämtern und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Nebenspaltszeitung Postzeitung oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Gebiet Schwarzenberg 40 Pfg., auswendige Anzeigen 60 Pfg., Restspaltenzeitung 2.— Mark. Bei größeren Abhängigkeiten entsprechende Ermäßigung. Anzeigenannahme bis Spätmittag 9 1/2 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 56.

Dienstag, den 8. März 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die deutschen Gegenanträge wurden in London abgelehnt, die Sanktionen sind heute in Kraft getreten: die deutsche Delegation soll beabsichtigen, London heute zu verlassen.

Muhrort ist letzte Nacht, die Außenposten von Duisburg sind heute früh gegen 6 Uhr von belgischen Truppen besetzt worden. In den frühen Morgenstunden sind heute französische Truppen in die äußeren Stadtteile von Düsseldorf eingedrückt.

Irland hat dem Reiterbüro mitgeteilt, daß das neue Regime im besetzten Gebiet am Donnerstag in Kraft treten werde.

Im Reichswirtschaftsrat ist es zu keiner Einigung über die Vorschläge zur Neugestaltung der Getreidebewirtschaftung gekommen.

Die Griechen haben den Vorschlag der Londoner Orientkonferenz, eine Untersuchungskommission für Thrazien und Smyrna anzuerkennen, abgelehnt, die Türken haben ihn angenommen.

Eine Proklamation des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat folgende Proklamation ergehen lassen: Mitbürger! Unsere Gegner im Weltkrieg haben unerhörte und unerfüllbare Forderungen an Geld und Gut an uns gestellt. Wir selbst nicht nur, auch unsere Kinder und Enkel sollen Arbeitsflaven der Gegner werden. Durch unsere Unterschrift sollten wir einen Vertrag besiegeln, den auszuführen auch die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das durften, das konnten wir nicht tun. Unsere Ehre, unsere Selbstachtung verbot es. Unter offenem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Gegner zur Besetzung weiteren deutschen Landes geschritten. Der Gewalt können wir Gewalt nicht entgegensetzen. Wir sind wehrlos. Aber hinausrufen können wir es, daß es alle hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen: Recht wird hier zertreten durch Gewalt! Mit den Bürgern, die Fremdherrschaft erdulden müssen, leidet das ganze Volk. Ehern zusammenschmieden soll uns dies Leid zu einigem Fühlen, zu einigem Wollen. Mitbürger, tretet der fremden Gewalt Herrschaft mit ernster Würde entgegen. Bewahrt euren aufrechten Sinn und laßt euch nicht zu unbessenen Taten hinreißen. Hartt aus, habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis fremde Gewalt vor unserem Recht brechen muß.

Reichspräsident Ebert,
Reichskanzler Fehrenbach.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

W. W. Am 20. März 1921 sollen die Oberschlesier entscheiden, ob ihre Heimat bei deutscher Kultur, Ordnung und Wohlstand bleiben oder dem neuen Staat Polen zufallen soll, dessen Verwaltung sowohl im Kernlande, wie in den früher preussischen Gebieten so lässlich verläßt. Die Deutschen können daher mit den besten Aussichten in den Abstimmungslampf gehen. Wenn dennoch eine Anzahl (meist kleinerer) Gemeinden sich in ihrer Mehrheit für Polen entscheiden sollte, so kann das dreierlei Gründe haben. Zunächst selbständige Motive des Einzelnen, die ja im Leben trotz allen Idealismus meist ausschlaggebend sind. Polen hat nämlich recht viele Oberschlesier dadurch gelockt, daß es ihnen alle die Vorteile versprochen hat, die durch Entfernung der bisherigen Stelleninhaber in Oberschlesien frei werden sollen. Ob die polnischen Agitatoren ihr Versprechen ebenso wenig einlösen können, wie in Polen und Pommern, wo bis meissen Posten durch krupellose Leute aus Galizien und Kongresspolen besetzt wurden, wird sich erst herausstellen. Ferner haben sie der großen Masse der Bevölkerung allgemeinen Aufstieg in Wirtschaft und Verwaltung in Aussicht gestellt, der ihnen wegen ihrer mangelhaften deutschen Kenntnisse jetzt verperrt sei. Nun übersehen die Agitatoren dabei geflissentlich, daß die wasserpolnische sprechenden Oberschlesier dieser Bildungsstufe die hochpolnische Staatsprache kaum in Wort, geschweige denn in Schrift beherrschen.

In zweiter Linie werden von polnischen Agitatoren

allgemeine wirtschaftliche Gründe ins Feld geführt. Ein buntes Plakat zeigt dem ober-schlesischen Arbeiter, wie er unter der Last eines preussischen Leutnants (mit Monopol natürlich), eines Landhüters und eines Richters (in Robe und Beräde) zusammenbricht. Dabei hat Deutschland keine Wehrpflicht mehr! Deutschland hat das Einkommenssystem auf der Grundlage einer allgemeinen und gleichen Verhältniswahl, Polen dagegen das Oberhaus neben dem Sejm (Volkshaus) und schließlich hat Deutschland gerechte und unbestechliche Richter. Polen dagegen würdige Nachfolger der russischen oder — gar keine. Das neueste polnische Plakat zeigt in großen Riffen die gigantischen Summen, die Deutschland nach den Pariser Beschlüssen zahlen soll mit einer schönen Rechnung, daß auf den Kopf der Bevölkerung 80 588 Mark Schulden kommen, oder 2212 Mark jährliche Steuern pro Kopf, also auf eine Arbeiterfamilie mit Ehefrau und 4 Kindern (8 Köpfe) 18 273 Mark jährliche Steuern. Das würde aber gerade für

den ungeheuren Reichtum Deutschlands und seine unbegrenzten wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten sprechen; denn die Freunde des Polen berufen sich fortgesetzt, daß sie von Deutschland nicht mehr verlangen, als es tatsächlich leisten könne. Schließlich sind auch, namentlich für die Frauen, religiöse Gründe bestimmend, um für Polen zu stimmen. Dabei nimmt das Zentrum als katholische Partei eine mächtige Stellung in Deutschland und Preußen ein, und die deutsche Reichsverfassung hat sichere Garantien für die freie und ungehinderte Religionsausübung und gegen die Zurücksetzung aus Gründen des Bekenntnisses geschaffen und in die Tat umgesetzt. Mehr als alle Propagandaschriften werden hier die auswärtigen Oberschlesier ihren in der Heimat verbliebenen Landsleuten gegenüber, die durch die Darstellungen beider Parteien ein wenig irre werden, aufklärend wirken. Das ist es, was die Polen durch die Vereitelung gleichzeitiger Abstimmung gern verhindern hätten.

Das Ende der Londoner Konferenz?

Der deutsche Vorschlag des Provisoriums abgelehnt. — Sofortiges Inkrafttreten der Sanktionen? — Mehrmalige Unterbrechung der Konferenz. — Abreise der deutschen Delegation aus London?

Lloyd Georges Absage.

Die gestrige Sitzung der Londoner Konferenz fand, wie angekündigt, um 12 Uhr im Lancaster-House statt. Sie verlief in äußerst fahlen Formen; es fand keinerlei Begründung, wie sonst, statt. Lloyd George eröffnete die Verhandlungen mit der Frage, was der Reichsminister Simons auf die Betragung der Alliierten mitzutellen habe. Dr. Simons erklärte, die deutsche Regierung lehne es ab, die Pariser Beschlüsse als ein Ganzes anzunehmen, da der Unterschied zwischen den Pariser Beschlüssen und den deutschen Gegenanträgen so groß sei, daß kaum eine Brücke von dem einen zum anderen geschlagen werden könne. So schlage er trotz größter Bedenken eine vorläufige Lösung der Reparationsfrage vor. Deutschland sei bereit, eine vorläufige Regelung für die ersten 5 Jahre auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse anzunehmen, feste Jahreszahlungen und daneben eine Abgabe, wobei Deutschland statt der 12 Prozent Exportabgabe, die unpraktisch erscheine, eine andere Lösung anbiete. Reichsminister Simons ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die deutschen Gegenanträge nur dann unterbreitet werden würden, wenn sie Aussicht auf Annahme durch die Alliierten hätten und wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibe, sowie Deutschland völlige Handelsfreiheit erhalte. Die Entscheidung darüber, ob die deutschen Gegenanträge unterbreitet werden sollen, liege völlig in der Hand der Alliierten. Falls die Alliierten aber auf ein Definitivum beständen, so bitte er um einwöchige Frist, da er sich mit dem Kabinett besprechen müsse. Er halte es angesichts der Lage für seine Pflicht, damit keinerlei Unklarheiten zwischen Deutschland und den Alliierten beständen, auf die Donnerstagsrede des englischen Premierministers näher einzugehen. Nachdem Dr. Simons seine Rede beendet hatte, entspann sich ein kurzes

Zwiesgespräch zwischen Simons und Lloyd Georges.

Lloyd George: Sie nehmen also die Pariser Beschlüsse für 5 Jahre an?

Simons: Ja.

Lloyd George: Und als Bedingung dafür stellen Sie das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland?

Simons: Ja!

Lloyd George: Und wenn Oberschlesien nicht beim Reiche verbleibt?

Simons: Dann ist eine neue Situation geschaffen.

Lloyd George: Und soll die deutsche Endschuld erst nach den ersten 5 Jahren festgesetzt werden?

Simons: Nein, es sollen sofort Sachverständigenberatungen darüber stattfinden.

Lloyd George: Ist eine Garantie für ein Minimum möglich?

Simons: Nein!

Lloyd George schloß dann die Sitzung mit der Erklärung, die Antwort der Alliierten sei ihm nicht zweifelhaft. Da jedoch die Vorschläge der Deutschen geprüft und die Antwort der Alliierten festgestellt werden müßte, so schlage er Vertagung der Sitzung auf 1/2 Uhr nachmittag vor. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben. In den Kreisen der deutschen Delegation bestand der Eindruck, daß die Antwort der Alliierten ablehnend ausfällt und die sofortigen Sanktionen eintreten.

Was Simons sagte.

In seiner Rede auf der gestrigen Sitzung der Konferenz hob Reichsminister Dr. Simons besonders folgende Punkte hervor:

1. Die Schuldfrage könne weder durch den Friedensvertrag noch durch Zwangsmaßnahmen entschieden werden. Nur die Geschichte könne die Verantwortlichkeit am Weltkriege entscheiden. Wir seien den Er-

eignissen noch zu nahe. Ob eine einzelne Nation ausschließlich schuldig an diesem Kriege erklärt werden könne, und ob diese Nation Deutschland sei, werde kaum durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages endgültig entschieden werden können.

2. Die Zwangsmaßnahmen seien durch die Vorschriften des Friedensvertrages nicht autorisiert. Denn nur drei Stellen sprächen hier, erstens § 18 Absatz 2 im 8. Teil, zweitens der Schlußabsatz des Artikels 439, drittens Artikel 490. Keiner dieser Paragraphen sei anwendbar.

3. Die Zwangsmaßnahmen ständen auch im Gegensatz zu dem Völkerbundsvertrag. Nach Artikel 17 des Völkerbundsvertrages komme bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkerbundsvertrages und einem Staate, der nicht Mitglied sei, das in Artikel 15 vorgesehene Schiedsgerichtsverfahren zur Anwendung. Deutschland sei nicht Mitglied des Völkerbundes, habe aber den Vertrag unterzeichnet. Minister Dr. Simons legte deshalb im Namen der deutschen Regierung förmlich Protest gegen die angeordneten Zwangsmaßnahmen ein.

Die unterbrochene Nachmittagsitzung.

In der gestrigen Nachmittagsitzung der Konferenz stellte Lloyd George die Antwort der Alliierten dar. Die Alliierten seien leider gezwungen gewesen, da die deutschen Gegenanträge ungenügend seien, die Sanktionen in Kraft treten zu lassen. Den Abschluß eines Provisoriums könnten sie nicht annehmen. Lloyd George begründete dann näher, warum der sofortige Eintritt der Sanktionen notwendig gewesen sei und erklärte weiter, die Welt brauche ein Definitivum. Der allem zwei Punkte seien es, welche sofort geregelt werden müßten:

1. die Besprechung der Faktoren, welche als Requisition für die Ausfuhrabgabe in Betracht kämen, sowie die Beteiligung der Alliierten an einer Besserung der deutschen Wirtschaft, und

2. die Art und Weise der Zahlung
Reichsminister Dr. Simons erklärte, daß die deutsche Delegation über die Antwort der Alliierten müsse und zugleich mit der deutschen Delegation in ein anderes Zimmer zuck. Die Konferenz tagt weiter und erwartet die Antwort der deutschen Delegation, die um 6 Uhr abend noch beriet.

Die deutsche Delegation will London verlassen.

Die deutsche Delegation beabsichtigt, heute die Heimreise nach Berlin anzutreten. Nach einer Reitermeldung aus London wird der Beginn der militärischen Operationen auf heute festgesetzt. (Wie aus Bernath, das an der Grenze des besetzten Gebietes liegt, mitgeteilt wird, sind dort die ersten französischen Truppen eingetroffen, welche für die Besetzung Düsseldorf in Frage kommen.)

Der vorangegangene Abbruch der Verhandlungen.

Ueber die Verhandlungen und die Ereignisse, die zu der kritischen Wendung am Montag abend führten, liegen noch eine Reihe von Meldungen vor, von denen wir die nachstehenden wiedergeben:

In den unverbindlichen Besprechungen zwischen der deutschen Delegation und den Alliierten in London am Montag ist von deutscher Seite der Vorschlag gemacht worden, auf dem Wege eines Provisoriums zu einer Verständigung zu gelangen. Die Alliierten erklärten jedoch, daß sie eine endgültige Regelung der Reparationsfrage wünschen. Aus dem Gesichtspunkte heraus, daß wir alle Möglichkeiten erschöpfen wollen, um zu einer Verständigung mit der Entente zu gelangen, werden jetzt neue deutsche Vorschläge ausgearbeitet werden. Da die gestrigen Besprechungen mit den Alliierten bis in die letzten Abendstunden gedauert hatten, ist es nicht möglich, die neuen deutschen Vorschläge bereits zur heutigen Konferenzsitzung fertig zu stellen. Es wird daher von der deutschen Delegation die Vertagung der Konferenz auf Donnerstag beantragt werden.

90 Prozent Abgabe auf die deutsche Ausfuhr, jährlich drei Milliarden.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet: Auf Veranlassung Lloyd Georges ist eine